



Commons und Pharma

Pharmakonzerne stossen an ihre Grenzen – ökonomisch und politisch. Sie sind einerseits zu gross, viel zu stark konzentriert, zu profitabel, zu einflussreich, andererseits aber zu wenig innovativ, vornehmlich auf Renten ausgerichtet, und sie beeinträchtigen auf gravierende Weise eine optimale globale Grundversorgung im Gesundheitsbereich. Wie es dazu gekommen ist, lässt sich leicht rekonstruieren. Heute sind jedoch neue Perspektiven jenseits des ungebremsten, neoliberalen Marktradikalismus und der blossen Verstaatlichung gefordert. Es gilt, Ansätze der Commons-Diskussion fruchtbar zu machen. In diesem Beitrag sollen Elemente einer neuen globalen Pharmapolitik dargelegt werden, so dass Einhegungen über private Patente überwunden werden können – mittels einer produktiveren Wissensallmende und einer lokalen Produktion unter Verwendung aller wissenschaftlichen, aber auch über Generationen tradierten Erkenntnisse.

Zur Geschichte der Pharmaindustrie

Aus der Aneignung von traditionellem Wissen und daraus abgeleiteten Produktionsprozessen haben Männer embryonale Formen standardisierter Herstellung von Pharmazeutika entwickelt. Zuvor haben sie den Frauen ihre vielfältigen Kenntnisse über Reproduktion, Krankheiten und Heilung entrissen (vgl. Federici 2004). Nach der formellen Subsumtion von Arbeitsprozessen unter das Kapital erfolgte die reelle (Marx 1968). Produktionsprozesse wurden verwissenschaftlicht und technisch revolutioniert, die Forschung in grossem Stil angekurbelt. Das Wissen über biologische Prozesse nahm ständig zu, doch das Ziel war nie die beste Versorgung der Bevölkerung, sondern die Realisation möglichst hoher Profite. Schritt für Schritt formierten sich die ersten riesigen Konzerne: Pfizer in den USA, Merck in Deutschland, eine Firma die bereits um 1900 auf allen Kontinenten vertreten war, und die Ciba als zur gleichen Zeit grösstes schweizerisches Chemieunternehmen.

Roland Herzog und Hans Schäppi

Roland Herzog, geboren 1952, ist Ökonom und Unia-Sektionsleiter Bern. Hans Schäppi, geboren 1942, ist Historiker und pensionierter Gewerkschaftssekretär, Präsident des Solifonds und Vorstandsmitglied von MultiWatch und Denknetz.

Bis in die späten 1970er-Jahre erfolgte das Wachstum prioritär über die Ausdehnung der Märkte gemäss dem fordistischen Prinzip der Massenproduktion und der Mengenexpansion. Die Weltmärk-



te wurden aufgeteilt, die Zentralisierung des Kapitals nahm zu, und es bildeten sich oligopolistische Strukturen heraus. Diese Konstellation führte zur kontinuierlichen Aneignung von Extraprofiten. Allerdings stiegen auch die Löhne der Arbeitnehmenden im Vergleich zur übrigen Wirtschaft überdurchschnittlich an, gemessen an der Produktivität und den Profiten jedoch unterdurchschnittlich. Die Basler Konzerne erreichten nicht zuletzt dank der Schwächung der deutschen Konkurrenz im 2. Weltkrieg globale Spitzenpositionen und spezialisierten sich auf Produkte mit hoher Wertschöpfung in der Pharmaproduktion, aber auch in der Agrochemie, bei den Farben und den Feinchemikalien. Die enge Durchdringung von Industrie und Universität wurde für Basel beispielhaft nachgezeichnet (Bürgi 2011).

In den letzten 30 Jahren ging es dann aber weniger um Kapazitätsausweitungen, sondern – beginnend mit der McKinsey-Wertkostenanalyse bei Sandoz 1981 – um Kostensenkungen, Rationalisierungen und Umstrukturierungen, und zwar nicht nur in der Produktion, sondern auch im Gemeinkostenbereich (Schäppi 1984).¹ Zudem nahm dann die Zahl der Patente explosionsartig zu, und diese liessen sich sogar auf Pflanzen und Tiere ausdehnen. Hinsichtlich des Marktanteils erreichten die zehn grössten Pharmakonzerne vor 25 Jahren erst 25 Prozent; heute beträgt er etwa 50 Prozent (Interpharma 2009). Das Verhältnis im Personaleinsatz zwischen Produktion und Forschung/Entwicklung kehrte sich um. Erstere wurde gleichsam zu einem Anhängsel der beiden anderen Bereiche. Nicht zu unterschätzen sind überdies die Marketingabteilungen: Für die USA konnte belegt werden, dass die Ausgaben für Werbung deutlich höher liegen als jene für Forschung und Entwicklung (Gagnon/Lexchin 2008).

Forschung fand und findet jedoch nicht nur privatkapitalistisch statt, sondern vor allem auch auf Seiten des Staates. Gemäss dem US-Ökonomen Joseph Stiglitz (El Pais, 27.5.2012) finanziert in den USA der Staat einen Grossteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei den Medikamenten. Die entscheidende Frage ist daher, wer sich die Ergebnisse der Forschung aneignen, mithin durch Patente eingrenzen und absichern kann. Die Patente befinden sich praktisch alle in den Händen der Pharmakonzerne und in den Ländern des Südens meist in ausländischem Besitz (Khor 2006). Die Konzernmacht wird also durch den Patentschutz garantiert und mit der Sicherstellung von Marktöffnungen durch die WTO zementiert. Über die ganze Zeit nahm auch der politische Einfluss der Pharmaunternehmen zu. Zweifellos gehört die Lobby des Pharmasektors heute zu den weltweit einflussreichsten, vielleicht ist sie sogar stärker als die Bankenlobby.



Trotz der Kapitalkonzentration in diesen Märkten ist die Konkurrenz nicht vollständig weggefallen. Die Tendenz zu Megafusionen, Grossübernahmen oder zu noch extremerer Spezialisierung dürfte sich fortsetzen. In den Ländern des Südens (vor allem Brasilien, Indien oder in China mit zusätzlich starker Forschungsausrichtung) werden mit staatlicher Unterstützung neue Konzerne aufgebaut. An der Weltspitze sind diese noch nicht angekommen. Hingegen befinden sich mit Novartis und Roche (ex Hoffmann-La Roche) zwei Schweizer Unternehmen in der Gruppe der zehn grössten Pharmakonzerne. In der schweizerischen Volkswirtschaft nehmen beide eine bestimmende Stellung ein, erreichen überdurchschnittliche Wachstums- und Profitraten und verfügen über einen immensen Einfluss in Politik und Staat.

Einseitige Regulierung der Pharmamärkte

Märkte sind nicht aus sich heraus stabil, sondern müssen immer reguliert werden. Deshalb gibt es auch auf den Pharmamärkten vielfache Regulierungen. Der dominierende Neoliberalismus führte allerdings auch hier zu Deregulierungen auf der einen Seite und zu neuen Formen der Absicherung von Profiten und Renten auf der anderen (Zeller 2006). Dabei gibt es auch Widerstand: Er zeigte sich beispielsweise in der Bekämpfung von Aids. Weil die entsprechenden Medikamente zunächst überall zu den sogenannten Weltmarktpreisen verkauft wurden, war es für den unteren Mittelstand und die grossen Armutspopulationen in den Ländern des Südens weitgehend unmöglich, diese zu beschaffen. Erst weltweite Protestkampagnen und die forcierte Produktion von Generikas führten zu massiven Preissenkungen und einer besseren Versorgung der Betroffenen.

Die globale Regulierung kann exemplarisch an TRIPS (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) und TRIPS-Plus aufgezeigt werden. Das TRIPS-Abkommen wurde 1994 geschlossen. Dabei geht es nicht um eine Handelsliberalisierung, sondern um den Schutz von Monopolen und um die Begünstigung multinationaler Konzerne, deren Rechte auf geistiges Eigentum garantiert werden sollen. Der Patentschutz läuft über 20 Jahre und wurde auch von der Schweiz besonders eifrig unterstützt. Vergessen und verdrängt wurde, dass die Schweiz im ausgehenden 19. Jahrhundert die einheimische chemische Industrie gerade wegen des fehlenden Patentschutzes durch Imitationen aufbauen konnte. Die Länder des Südens stimmten TRIPS zu, denn die herrschenden Eliten hofften, Konzessionen im Bereich von Textilien und Agrarprodukten zu erhalten. Doch diese Hoffnungen erwiesen sich als wenig tragfähig, die asymmetrischen Verhältnisse verschärfen sich



meist ungebrochen weiter. Im Abkommen sind wohl zwei ›flexible‹ Momente eingefügt – Zwangslizenzen und Parallelimporte –, mit denen punktuelle Verbesserungen erreicht werden konnten. Als weitere Konzession wurde 2001 festgehalten, dass der Gesundheitsschutz Vorrang vor dem Patentschutz haben soll. Damit ist zwar ein Prinzip verankert, doch faktisch werden heute immer noch rund 80 Prozent der pharmazeutischen Produkte von lediglich 24 Prozent der Weltbevölkerung in Anspruch genommen (Onori 2006, mit weiteren Angaben zur ungleichen Gesundheitsversorgung zwischen Norden und Süden).

Über das TRIPS-Abkommen hinausgehende Erschwernisse werden den Staaten des Südens von den EFTA-Ländern, aber auch von den USA oder der EU in den Freihandelsabkommen aufoktroiert (TRIPS-Plus). Mit der Patentierung von Pflanzen, Tieren und Gensequenzen wird die Position der Biotech-Konzerne sprunghaft verstärkt und den Bauern und Bäuerinnen beispielsweise der Zugang zu Saatgut verunmöglicht. Im Gefolge längerer Patentlaufzeiten bei Medikamenten werden weitere und unnötige Nachteile für die Kranken festgelegt (Erklärung von Bern 2004/2006). Die bescheidene Flexibilität von TRIPS wird von TRIPS-Plus-Klauseln verunmöglicht, und mit diesen bilateralen Abkommen schreitet die heutige Einhegungsstrategie voran (Busaniche 2012).

Die Konsequenzen der TRIPS-Abkommen zeigen, dass Gesundheit immer weniger ein grundlegendes Recht darstellt, sondern einer totalen und brutalen Kommodifizierung ausgesetzt ist. Entweder ist Geld vorhanden, um die Medikamente zu kaufen, oder nicht. Dies hat in letzter Konsequenz unnötiges Leiden oder frühzeitiges Sterben zur Folge. Die Kommerzialisierung der Forschung bringt aber noch weitere Nachteile (vgl. dazu detailliert Bürgi 2011). Wird ein Patent angemeldet und ein Urheberrecht errichtet, dann ist die Forschung in diesem Bereich häufig nicht mehr attraktiv, so dass das Wissen über Medikamente und deren Auswirkungen sogar sinkt. Gleichzeitig ist die Forschung in den Konzernen kaum mehr wirklich innovativ, denn es sollen vornehmlich hochprofitable Pharma-Commodities, sogenannte Blockbuster oder Umsatzrenner wie Viagra und andere Lifestyle-Erzeugnisse, entwickelt werden. Demgegenüber schreitet die Entwicklung von Mitteln gegen Krebs, Antibiotika oder von Medikamenten gegen seltene Krankheiten nur langsam voran. Es braucht folglich mehr Geld für eine pharmaunabhängige Forschung und die Verpflichtung, dass deren Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden (vgl. dazu Schwank 2011).

Als hauptsächliche Nachteile der globalen Pharmaproduktion gelten die mangelnde Entwicklung von und Versorgung mit Medikamenten für die Länder des Südens wie auch die riesigen Differenzen zwischen den



Produktions- und Verkaufspreisen. Weil die Produktionspreise im einstelligen Frankenbereich liegen, ist es inakzeptabel, dass die Behandlungskosten ins Unermessliche steigen. Das lässt sich eindrücklich am Beispiel der Krebsmedikation darlegen. In den letzten 15 Jahren sind die monatlichen Therapiekosten für solche Medikamente von 500 auf 9000 Franken gestiegen (Cavalli 2010). Gleichzeitig werden im Zug der Sparprogramme wegen der Weltwirtschaftskrise jeweils zuerst die Ausgaben für Gesundheit und Bildung gekürzt, was in den südlichen Ländern einer Zerstörung der staatlichen Gesundheitsversorgung gleichkommt, die mit wenigen Ausnahmen bis anhin stets minimal war und ist. Weil der Markt für Tropenkrankheiten zu wenig einträglich ist, wird ebenfalls wenig geforscht.

Kritisiert wird zusätzlich die Durchführung von Arzneimittelstudien in den Staaten der Peripherie, da diese dort viel weniger kosten und Reglementierungen kaum vorhanden sind. Im Tages-Anzeiger (Möckli 16.6.2011) wurden diese Menschen daher als »Versuchskaninchen der Pharmaindustrie« bezeichnet. An heilbaren Krankheiten sterben in diesen Regionen dagegen nach wie vor täglich Tausende von PatientInnen, rund die Hälfte davon Kinder.

Die globale Wissensallmende der Gesundheit

Es ist also von einem globalen, parasitären Pharmakartell – und eben nicht nur von »Big Pharma« – zu sprechen, das mit allen Mitteln die erreichten Privilegien verteidigt. Die Widersprüche innerhalb der globalen Pharmaproduktion haben allerdings markant zugenommen. Die Blockbuster-Strategie scheint sogar ökonomisch an gewisse Limiten zu stossen (Interview mit Patrick Flochel, Pharmaspezialist, BAZ 9.5.2012). Intensiviert hat sich die Akkumulation durch Enteignung (Harvey 2004) – sei es von Land (Landgrabbing) oder Bodenschätzen (neuer Extraktivismus), durch Zerstörung der Biodiversität und durch neokoloniale Biopiraterie (Shiva 2002). Dieser intensivierten Enteignungsstrategie und den verstärkten Absicherungen und Einhegungen mit Patenten gilt es entschieden entgegenzutreten. Es gilt darauf zu beharren, dass das gesamte verfügbare Wissen allgemein und frei als globale Allmende zugänglich wird (vgl. dazu Bödecker et al. 2005). Auf diese Weise wäre eine Grundlage geschaffen, damit sowohl die traditionellen Kenntnisse ihre Relevanz behalten als auch die Neugier der ForscherInnen geweckt bleibt. Letztere würden sich auf die entscheidenden Bereiche zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung gemäss den vorhandenen Bedürfnissen und Erfordernissen konzentrieren, womit im Pharmabereich ein effektiver Fortschritt erzielt würde. Dieser Fortschritt wird heute



infolge der ausschliesslichen Ausrichtung auf die Steigerung der Profite immer mehr behindert.

Der allgemeine Zugang zu Wissen, also der Open Access zum globalen Wissen, ist eine zentrale Forderung der Commons-Diskussion, die in den letzten Jahren an Gewicht gewonnen hat. Insbesondere die kürzlich verstorbene erste Nobelpreisträgerin für Ökonomie, Elinor Ostrom, brachte mit ihrer breit angelegten und global ausgerichteten Forschung viele neue Einsichten und Klärungen. Allerdings muss heute darüber hinausgegangen werden. Die Perspektive der Commons stellt sich gegen das Duopol Markt-Staat. Märkte können zwar nicht ohne staatlich-rechtliche Garantien existieren, gleichzeitig trifft es aber keineswegs zu, dass mehr Staat weniger Markt bedeutet und umgekehrt. Vielmehr besteht zwischen den beiden eine »symbiotische Beziehung« (Mattei 2012). Ein Gegensatz existiert allerdings zwischen Konkurrenz und Kooperation. Letztere muss in Eigenverantwortung geregelt werden, denn nur auf diese Weise ist die »Tragik der Allmende« (Hardin 1968) zu umgehen. Macht wird dabei zerstreut und reduziert, die Interessen der Gemeinschaft stehen im Zentrum. Auf diese Weise lassen sich soziale Rechte wirklich realisieren. Commons sind nicht einfach öffentliche Güter oder Gemeingüter. Vielmehr handelt es sich um ein breites Spektrum, das vom Wasser bis zu sozialen Beziehungen reicht. Da sogar Natur kollektiv hergestellt wird, sind Commons nicht einfach, sondern werden gemacht (Helfrich 2012). Sie müssen gehegt und gepflegt werden. Commons bestehen aus drei Elementen: materielle oder immaterielle Ressourcen, Menschen, die diese nutzen, die Commoners, und die Aneignungsregeln, das Commoning (Exner/Kratzwald 2012).

Dass Commons als Ressourcen übernutzt werden könnten, soll nicht bestritten werden. Das Beispiel der Weltmeere (Verschmutzung und Überfischung, Ostrom 2012) zeugt auf dramatische Weise von dieser Tendenz, die wohlgernekt insbesondere in einem System befördert wird, das die Externalisierung von Umweltkosten nahelegt. Neben der Übernutzung existiert aber gleichzeitig auch eine Unternutzung im Gefolge der Patentkrise (Heller 2012). Daher müssten Commons-Institutionen gebildet werden, die von jenen getragen werden, deren Existenz und Wohlergehen von einem Gut abhängig ist. Die Formalisierung erfolgt auf der Grundlage von Sozialchartas und dem spezifischen Rechtsinstitut des Commons Trust. Entstehen soll daraus ein commonsbasiertes Wirtschaftssystem, das die Erhaltung und Entwicklung von Ressourcen langfristig schützt (Quilligan 2012). Warum sollte es also nicht möglich sein, die wichtigsten Medikamente mittels Produktivgenossenschaften herzustellen? Genossenschaften und gutes Leben gehören zu-



sammen (Altvater 2012), eine solidarische, demokratisierte und gleichzeitig solare Ökonomie ist anzustreben, und dabei kommt man nicht um die Commons herum.

Die Commons waren und sind jedoch allemal umkämpft: Das gilt für die Zeit des Feudalismus (vgl. dazu insbesondere Linebaugh 2008), im Kapitalismus und darüber hinaus. Politisch gewendet bedeutet dies: »Die Keimform jeder sozialen Kraft, die in der Lage ist, das Leben zu erhalten und zu reproduzieren (...) und die in demselben Prozess das Kapital abschafft, bezeichnen wir heute als Commons« (De Angelis 2012). Damit ist der Bogen zu einer antikapitalistischen Transformation geschlagen. Einen bruchlosen Übergang wird es allerdings nicht geben. Die Rolle des Staates als Garant der Commonsentfaltung wird zu klären sein, Verstaatlichungsstrategien genügen jedoch keinesfalls.

Welches sind heute die Anforderungen an eine globale Pharmapolitik? Weil die Patente Extraprofite über längere Zeit garantieren, sind die Preise zu hoch, und darüber hinaus behindern Monopole den Technologietransfer. Die Pharmakonzerne müssen zerlegt und ersetzt werden. Gesundheit ist als Menschenrecht zu setzen. Daher muss die Basisversorgung mit Medikamenten durch eine lokale Produktion und günstige Preise gewährleistet werden. Konsequenterweise ist lediglich ein kleiner Aufschlag auf den effektiven Produktionskosten akzeptierbar. Nur auf diese Weise lassen sich die Medikamentenpreise massiv senken. Selbstverwaltung und Selbstorganisation sind dabei ständig weiterzuentwickeln (vgl. zur Geschichte und Aktualität Ness/Azzellini 2011). Werden Open Acces-Bestimmungen in der Forschung und der Technologietransfer möglichst umfassend gefördert, griffige Massnahmen gegen die Beeinträchtigung der Biodiversität durchgesetzt und der Schutz vor Biopiraterie garantiert, dann ergeben sich bedeutende Verbesserungen. Der Patentschutz und die TRIPS-Abkommen sind abzuschaffen; es muss grundsätzlich verhindert werden, dass sich Gensequenzen von Menschen, Tieren und Pflanzen weiterhin patentieren und vermarkten lassen. Nicht vergessen werden dürfen andererseits die Erforschung nicht-medikamentöser Therapien und vor allem die Intensivierung der Krankheitsprophylaxe. Die Commons-Diskussion bündelt diese Ansätze und richtet sie auf eine transformative Politik aus.

Die grössten, global tätigen Banken gelten als too big to fail. Ihr Überleben müsse, so die gängige Ansicht, unter allen Umständen gesichert werden, weil ansonsten ein weltweites monetäres Chaos mit immensen Wohlstandsverlusten folgen würde. Es dürfte unterdessen weitherum allen einleuchten, dass diese Banken mindestens aufgeteilt werden müssten. Ähnlich präsentiert sich die Situation bei den Pharmakonzernen:



Zusammen mit ihren global tätigen Lobbyisten wird permanent versucht, einen vergleichbar dramatischen Eindruck zu erwecken. Nur dank ihrer schieren Grösse und den erzielten Profiten sei es möglich, den Fortschritt bei den Medikamenten und damit bei der Gesundheitsversorgung kontinuierlich zu garantieren. Wir haben aber aufgezeigt, dass die Situation gerade umgekehrt ist. Nur wenn es gelingt, durch Open-Access-Praktiken die globale Wissensallmende der Gesundheit mit vielfältigen Bestrebungen zu beleben, wird für die Menschheit eine bessere Grundversorgung erreicht. Diese wird nicht den Profitinteressen geopfert, sondern erlebt eine Renaissance, die auf einer höheren Stufe an die Weisheit der Frauen anknüpft, indem das Wissen über die biologischen Prozesse, über Krankheiten und Medikamente global verallgemeinert und ständig vermehrt wird.

Anmerkung

- 1 Gemeinkosten sind Kosten, die nicht einem Produkt zugeordnet werden können: Stäbe, Personalwesen, Feuerwehr, Reparatur, Service etc.



Literatur

- Altwater, Elmar (2012): Genossenschaft und gutes Leben. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4'12. Berlin.
- Bödeker, Sebastian; Moldenhauer, Oliver; Rubbel, Benedikt (2005): Wissensallmende. Hamburg.
- Bürgi, Michael (2011): Pharmaforschung im 20. Jahrhundert. Zürich.
- Busaniche, Beatriz (2012): Geistige Eigentumsrechte und Freihandelsabkommen. Eine unendliche Geschichte. In: Helfrich, Silke (2012): Commons. Bielefeld.
- Cavalli, Franco (2010): Pharmaindustrie und Dritte Welt. In: Widerspruch Heft 58. Zürich.
- De Angelis, Massimo (2012): Krise, Kapital und Vereinnahmung. In: Helfrich, Silke (2012): Commons. Bielefeld.
- Erklärung von Bern (22.6.2004): TRIPS-plus benachteiligt Kleinbäuerinnen und Patienten der Länder des Südens.
- Erklärung von Bern (6.6.2006): Trips-plus Bestimmungen und ihre negative Konsequenzen für die Landwirtschaft Thailands.
- Exner, Andreas und Kratzwald, Brigitte (2012): Solidarische Ökonomie & Commons. Wien.
- Federici, Silvia (2004): Caliban and the Witch. New York.
- Gagnon, Marc-André und Lexchin, Joel (2008): The Cost of Pushing Pills: A New Estimate of Pharmaceutical Promotion Expenditures in the United States. www.plosmedicine.org/article/info:doi/10.1371/journal.pmed.0050001 (Zugriff: 10.6.2012).
- Hardin, Garrett (1968): The tragedy of the commons. In: Science, 13.12.1968. Washington.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des »neuen« Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung. In: Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Helfrich, Silke und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2012): Commons. Bielefeld
- Helfrich, Silke (2012): Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht. In: Helfrich, Silke (2012). Commons. Bielefeld.
- Heller, Michael (2012): Die Tragik der Anti-Allmende. In: Helfrich, Silke (2012): Commons. Bielefeld.
- Interpharma (2009): Der Pharma-Markt Schweiz. Basel.
- Khor, Martin (2006): Geistiges Eigentum, Wettbewerb und Entwicklung. Bonn.
- Linebaugh, Peter (2008): The Magna Carta Manifesto. Liberties and Commons for All. Berkeley.
- Marx, Karl (1863/65; 1968): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Frankfurt a.M.
- Mattei, Ugo (2012): Eine kurze Phänomenologie der Commons. In: Helfrich, Silke (2012): Commons. Bielefeld.
- Ness, Immanuel und Azzellini, Dario (2011): Ours to master and to own. Chicago.
- Onori, Andrea (2006): Propriété intellectuelle et accès aux médicaments. Ed. Centrale Sanitaire Suisse Romande. Genève.
- Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Tübingen.
- Ostrom, Elinor (2012): Was mehr wird, wenn wir teilen. München.
- Quilligan, James B. (2012): Warum wir Commons von öffentlichen Gütern unterscheiden müssen. In: Helfrich, Silke (2012): Commons. Bielefeld.
- Schäppi, Hans (1984): Krise-Rationalisierungen – gewerkschaftliche Perspektiven. Das Beispiel der Gemeinkosten-Wertanalysen. In: Widerspruch Heft 7. Zürich.
- Schäppi, Hans (1999): Globale Strategien der Pharmaindustrie und die Gewerkschaften. In: Widerspruch Heft 38. Zürich.
- Schäppi, Hans (2011): Einführung in die Pharmapolitik. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Schwank, Alex (2011): Marketing vor Evidenz, Umsatz vor Sicherheit. In: Soziale Medizin 3/11. Basel.
- Shiva, Vandana (2002): Biopiraterie. Kolonialismus des 21. Jahrhunderts. Münster.
- Stiglitz, Joseph E. (2012): Una gran oportunidad para la salud global. In: El Pais, 27.5.2012. Madrid.
- Zeller, Christian (2004): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Zeller, Christian (2006): Intellektuelle Eigentumsmonopole und die Erzielung von Renten in der globalen Enteignungsökonomie. In: Peripherie Nr. 101/102, Jg. 26. Münster..